

## **Antrag**

**der Abg. Manfred Groh u. a. CDU**

### **Künftige Wohnungspolitik**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Wohneinheiten im Rahmen der Eigentumsförderung über das Landeswohnraumförderprogramm 2012 gefördert werden können;
2. wie viele Wohnungsunternehmen und andere Bauherren im Jahr 2010 Förderanträge für Bauvorhaben des sozialen Mietwohnungsneubaus gestellt haben und wie hoch dabei der kommunale Anteil war;
3. ob sie davon ausgeht, dass unter Berücksichtigung des künftig zu erwartenden Wohnungsbedarfs besonders in den Großräumen und in den Universitätsstädten auf die planungsrechtliche Ausweisung von Neubaugebieten generell verzichtet werden kann;
4. wie viele seniorengerechte Neubauwohnungen pro Jahr in Baden-Württemberg entstehen müssten, um den prognostizierten steigenden Wohnungsbedarf von rund 2,5 Millionen Einheiten für alte Menschen zu erfüllen;
5. wie hoch im Jahr 2012 der Subventionswert bei der Förderung einer neuen seniorengerechten Zwei-Zimmer-Sozialmietwohnung mit 50 qm Wohnfläche ist;
6. ob sich das Defizit bei den seniorengerechten Wohnungen über den Wohnungsneubau lösen lässt oder eher eine Problemlösung in der seniorengerechten Umrüstung der Wohnungsbestände zu sehen ist;
7. welche Erfahrungen mit dem Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich EEWärmeG in der Wohnungswirtschaft gemacht wurden und ob damit der hohe Energieverbrauch in jedem Falle eingedämmt werden konnte;
8. ob beabsichtigt ist, die Anforderungen an die energetische Sanierung im Bestand noch weiter zu erhöhen, auch wenn sich diese Maßnahmen mittelfristig weder für Mieter noch für Vermieter rechnen;
9. ob und wann damit zu rechnen ist, dass steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für energetische Sanierungen ermöglicht werden und ob sie sich diesbezüglich beim Bund dafür einsetzen;
10. ob sie sich für eine Mietrechtsreform einsetzen, um die Durchführung energetischer Sanierungsmaßnahmen zu verbessern und wie zukünftig die Wohnraumförderung ab 2013 gestaltet werden soll.

07.12.2011

Groh, Wald, Herrmann, Klenk, Nemeth, Razavi CDU

## B e g r ü n d u n g

Die Landesregierung plant einen Teil der Steuereinnahmen aus der Grunderwerbsteuererhöhung für eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Landeswohnraumförderung im Jahr 2012 einzusetzen. Ebenfalls will sie im Jahr 2012 den Förderschwerpunkt bei der sozialen Wohnraumförderung auf den Mietwohnungsbau legen. Über die anzustrebende Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Bauvorhaben besteht in Baden-Württemberg seit Jahren politischer Konsens. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird in Baden-Württemberg die Zahl älterer Menschen mit geringem Haushaltseinkommen steigen, die sich weder eine energetisch sanierte Wohnung wegen der hohen Heizkosten noch eine hochwertige Wohnung wegen der Mietkosten leisten können.

Benötigt wird also eine wirtschaftspolitische Verlässlichkeit und Planungssicherheit, um die Herausforderungen, die der Wohnungswirtschaft bevorstehen, bewältigen zu können.